

Rede vor dem Plenum des Abgeordnetenhauses am 23. September 2010

Claudia Hämmerling (Grüne):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin froh über die große Allparteienkoalition gegen die geplanten Flugrouten über Berlin. Das ist eine gute Voraussetzung dafür, dass sie geändert werden. Wir setzen uns immer für den größtmöglichen Schutz der Betroffenen ein, unabhängig davon, ob sie im Osten, im Süden oder im Speckgürtel wohnen.

[Zuruf von Gernot Klemm (Linksfraktion)]

Selbstverständlich fordern auch wir ein uneingeschränktes Nachtflugverbot, unabhängig davon, wo lang die Flugrouten am Ende führen.

[Beifall bei den Grünen]

Wir Bündnisgrünen haben es etwas einfacher als andere Parteien, denn wir sehen die Billig- und Vielfliegerei durchaus kritisch.

[Beifall bei den Grünen]

Wir sagen: Der Verzicht auf Kurzstreckenfliegerei, die Besteuerung von Kerosin, das wären die richtigen Schritte. Dafür jedoch finden wir im politischen Raum nicht die notwendigen Mehrheiten.

Wir haben uns natürlich konsequent für die Schließung von Tempelhof und Tegel eingesetzt, damit die Menschen in der Stadt vom Fluglärm und den Sicherheitsrisiken entlastet werden. Dort, wo Grüne mitregieren, in München oder Frankfurt/Main, konnten wir verträgliche Flugrouten bei der Deutschen Flugsicherung bewirken. Für uns ist es selbstverständlich, dass die Menschen im Berliner Süden vor den Risiken des Fluglärms und Abstürzen geschützt werden. Das ist ganz klar. Es ist möglich, diese Flugrouten an der Stadt vorbei über siedlungsarme Gebiete zu führen, auch wenn die Wege dann länger und teurer werden und auch wenn dadurch höhere CO₂-Emissionen entstehen. Aber Sicherheit, körperliche Unversehrtheit und Schutz vor Lärm haben Vorrang vor allen anderen Fragen.

[Beifall bei den Grünen]

An dieser Stelle ist eben nicht nur die Regierung gefordert, sondern auch die Opposition. Ich sage Ihnen auch gleich,

weshalb die CDU eine ganze Menge bewirken könnte.

Aber wir sollten auch darüber sprechen, weshalb diese Flugrouten jetzt so plötzlich vom Himmel gefallen sind. Nötig war dies nicht. Sie erinnern sich an die Standortentscheidung. Mit der Wahl von Schönefeld und gegen Sperenberg haben Wissmann, Stolpe und Diepgen – in der Koalition mit der SPD, Herr Gaebler – die Grundsatzentscheidung getroffen. Damit stand fest: Durch BBI werden mehr Menschen belastet, unabhängig davon, ob sie in Berlin oder im Umland leben, als durch Sperenberg. Die aktuelle Diskussion gibt uns Bündnisgrünen recht. Wir haben mit unserem Favoriten Sperenberg richtig gelegen. Auch das gehört zur Wahrheit.

[Beifall bei den Grünen]

Fakt ist aber auch, dass für die Planfeststellung von BBI und die rechtskräftige Schließung von Tempelhof entscheidend gewesen ist, dass künftig deutlich weniger Menschen von Lärm und Sicherheitsrisiken belastet werden dürfen. Es ist doch selbstverständlich, dass man diese Sicherheitsrisiken und den Fluglärm von den innerstädtischen Wohngebieten nicht einfach über die Gropiusstadt und den Hahn-Meitner-Reaktor verlagern darf. Das widerspricht eindeutig diesen Planungszielen.

[Beifall bei den Grünen]

Es kann und darf keine Flugroute geben, die über dicht besiedelte Gebiete führt. Ich habe den Eindruck, dass dies den Beamten der Deutschen Flugsicherung nicht bewusst ist. Klug abgewogen ist das Routenkonzept jetzt jedenfalls nicht. Wir sind optimistisch, dass es in seiner jetzigen Form weder fachlich noch politisch umsetzbar ist. Es muss geändert werden.

[Beifall bei den Grünen]

Aber am allermeisten wundere ich mich bei dieser Diskussion über die CDU. Sie protestieren lauthals über die Routen der Deutschen Flugsicherung, wo doch diese Behörde Ihrem Parteifreund, dem CDU-Verkehrminister Ramsauer, untersteht.

[Mario Czaja (CDU): CSU!]

– Gut okay, so viel Zeit muss sein. – Was liegt näher, als bei Ihrer Bundesregierung zu intervenieren? Vielleicht mit dem dezenten Hinweis versehen, dass ein nicht unbeträchtlicher Anteil der CDU-Klientel im Berliner Süden lebt.

Auch Sie haben sich in der gesamten Planungszeit nicht mit Ruhm bekleckert. Schon 1999 wurde der Diepgen-Senat von Experten auf die sich ändernde Rechtslage hingewiesen, aber reagiert hat er nicht. Wenn Sie also heute lauthals protestieren, dann sollten Sie daran denken: Wer im Glashaus sitzt, der sollte nicht mit Steinen werfen.

[Beifall bei den Grünen]

Vielleicht gestatten Sie mir einen politischen Rat: Lassen Sie das mit den dicken Backen, mit diesem lautstarken Protest! Übernehmen Sie politische Verantwortung! Reden Sie mit Herrn Ramsauer! Reden Sie mit Frau Leutheusser-Schnarrenberger und Herrn Röttgen! Diese Ministerien müssen nämlich an der Routenplanung ebenfalls beteiligt werden. Reden Sie mit ihnen! Erklären Sie ihnen notfalls noch mal den Planfeststellungsbeschluss, und setzen Sie sich dafür ein, dass bei der fachlichen Abwägung Lärmschutz und Sicherheit vor Flugzeugen besser berücksichtigt werden! Das dient der Sache und nutzt Ihnen am Ende auch mehr als politischer Aktionismus.

[Beifall bei den Grünen]

Gewundert habe ich mich aber auch über Frau Senatorin Junge-Reyer. In Schönefeld sollen mehr als 22 Millionen Passagiere im Jahr abgefertigt werden, und ich finde es mehr als naiv, wenn die Verkehrssenatorin jetzt erklärt, dass nur eine der beiden Startbahnen benutzt werden soll, um den neuen Sicherheitsanforderungen zu genügen. Da frage ich mich als Steuerzahlerin doch: Warum, um Himmels willen, hat der Berliner Senat so viel Geld in zwei Start- und Landebahnen investiert, wenn am Ende bloß die Kapazität einer Bahn, also die Kapazität eines Provinzflughafens genutzt werden soll? Da kann ich nur den Kopf schütteln, und das geht nicht nur mir allein so.

[Beifall bei den Grünen]

Ein weiteres Kapitel ist die seit 2004 geänderte Rechtslage. Sie verlangt andere Flugwinkel. Wir sind inzwischen alle Experten für 15- und 30-Grad-Routen geworden. Ich frage Sie aber, Herr Wowereit: Warum haben Sie seitdem nicht reagiert? Eine veränderte Rechtslage ist doch immer Anlass zu gucken, ob die Planungsziele noch so sind und so durchgesetzt werden können, wie man sich das am Anfang vorgestellt hat. Herr Wowereit! Warum haben Sie das nicht geprüft? Herr Wowereit! Warum

haben Sie nicht mit der Deutschen Flugsicherung geredet? Wollten Sie das aussitzen wie den verspäteten Eröffnungstermin von BBI? Haben Sie gehofft, die Flugrouten werden erst nach der Wahl bekannt? – Darauf erwarten wir heute Antworten und im Ausschuss weitere Aufklärung.

Die Verunsicherung der Bevölkerung im Berliner Süden hätten Sie jedenfalls vermeiden können, wenn Sie mit der DFS über die veränderte Rechtslage und verträgliche Luftkorridore geredet hätten. Ich sage gar nicht, dass Sie da etwas festlegen können. Aber reden muss man doch miteinander. Sie haben weder Transparenz über die veränderte Rechtslage hergestellt, noch haben Sie öffentliche Diskussionen geführt. Zeit war genug seit 2004. Hätten Sie vorausschauend regiert, müssten Sie jetzt nicht reagieren und in vorderster Front mit den Südberlinerinnen und Südberlinern gegen den Fluglärm kämpfen. Dann müssten Sie sich nicht gegen ein Problem wenden, das erst durch eigenes Verwaltungshandeln oder Desinteresse entstanden ist. Wir erwarten, dass Sie diesen Fehler ausbügeln, indem Sie alles unternehmen, um andere Flugrouten zu erwirken. Für uns jedenfalls steht fest: Die Flugrouten müssen so verlaufen, dass Fluglärm und Sicherheitsrisiken des Flugverkehrs so wenig Menschen wie möglich betreffen, auch wenn die Flugwege länger und teurer werden und die CO₂-Emissionen steigen.

[Zurufe von der SPD]

Sicherheit und Schutz der Menschen vor Fluglärm haben immer den Vorrang.

[Beifall bei den Grünen]

In München und in Frankfurt am Main ist es gelungen, dass die Flieger die Siedlungsgebiete umfliegen, und das muss in Berlin auch möglich sein. – Ich danke Ihnen!

[Beifall bei den Grünen]